



---

## Protokoll der Sitzung des LEA vom 16.09.2010

---

Termin: Donnerstag, 16.09.2010, 19:00 – 22:00 Uhr  
Ort: Hamburger Str. 41, 22083 Hamburg, Sitzungssaal M  
Sitzungsleitung: Angelika Bock  
Protokoll: Claudia Wackendorff  
Anwesende: 16 LEA-Delegierte aus sechs Bezirken (außer Altona) nach Teilnehmerliste, Dr. Bange (BSG), acht weitere Gäste

### Tagesordnungspunkte

1. Begrüßung / Regularien
2. Im Gespräch mit der BSG
3. Volksinitiative vs. Angebot der Sozialbehörde
4. Vorgezogene Hortreform
5. Berichte aus den Gremien/AGs und des Vorstandes
6. Verschiedenes / Aktuelles: Widersprüche

### TOP 1 - Regularien

#### 1.1. Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt, Vertreter aus sechs der sieben Bezirke sind anwesend.

#### 1.2. Protokoll aus LEA-Sitzung vom 19.08.2010

Das Protokoll der letzten Sitzung lag noch nicht vor.

### TOP 2 (TOP4) – Im Gespräch mit der BSG

#### 2.1 Angebot der Sozialbehörde

Aktuell fällt ein weitergehendes Angebot der Sozialbehörde als Alternative zur Volksinitiative aus.

Die Hintergründe dazu:

- Eine weitere Sparklausur steht an. Dabei steht noch nicht einmal fest, ob der Kitabereich zum "Schonbereich" erklärt werden wird, oder ob weitere Sparmaßnahmen folgen werden. Und das bisher vorgeschlagene

**LEA**Landeselternausschuss  
Kindertagesbetreuung

Maßnahmenpaket würde für die nächsten vier Jahre mit je 10 Mio. Euro pro Jahr zu Buche schlagen.

- In der Regierungserklärung des neuen Bürgermeisters Christoph Ahlhaus ist klar zu lesen, dass er auf die Einnahmen durch die Beitragserhöhungen nicht verzichten kann und will, um den weiteren Kita-Ausbau zu finanzieren.
- Der LEA forderte, mit Hilfe der Mittel in diesem Angebot, die Essenspauschalen in die Beiträge zu integrieren. Darauf kann der Sozialsenator nicht eingehen, weil er sich mit einer Neubemessung der ALGII-Regelsätze eine Teilfinanzierung des Essensgeldes für Mindestsatzzahler durch den Bund erhofft. In Hamburg sind ca. 44% aller Kita-Familien Mindestsatzzahler.

Ein Teil des Angebotes befasste sich mit einer besseren Ausstattung der Kitas mit Mitteln für die Sprachförderung. Diese wird trotzdem realisiert werden durch die Bundesinitiative "Schwerpunkt Kitas". Demnach wird Hamburg ca. 2,3-2,4 Mio. Euro für Sprachförderung erhalten. Im September/Oktober soll es erste Gespräche dazu geben. Diese Gelder werden definitiv eingesetzt werden, egal wie sich der LEA zu einer Volksinitiative stellen wird.

Diese 2,3 Mio. Euro, die man im Paket "gespart" hätte, standen zur Entlastung der Eltern zur Debatte. Das entspräche bei geschätzten 70.000 Kindern einer Beitragsabsenkung von 4 Euro/Monat/Kind. Keine deutliche Verbesserung.

Anmerkungen aus der Runde:

- WO will man denn bitte im Kitabereich noch sparen? Dazu hat Herr Dr. Bange auch keine Idee
- Familien brauchen ein verlässliches Kitagutscheinsystem, sind auf Planbarkeit angewiesen. Mit den bisher durchgeführten und evtl. noch folgenden Sparmaßnahmen stelle sich der Senat komplett dagegen
- Die Hamburger Familienpolitik wäre total konträr zur Bundespolitik. Darauf erwidert Herr Dr. Bange, dass der Bund den Ländern aber die Umsetzung der Bundesforderungen bitte auch finanzieren müsse.

## 2.2.Hortreform (TOP 4)

Offiziell heißt die Hortreform jetzt GABI: Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen.

Diese umfasst an gebundene Ganztagsgrundschulen eine kostenpflichtige Randbetreuung von 6-8 Uhr und von 16-18 Uhr, sowie eine kostenpflichtige Ferienbetreuung. An offenen Ganztagsgrundschulen ist eine kostenlose Betreuung von 13-16 Uhr und eine kostenpflichtige Rand- und Ferienbetreuung vorgesehen.

---

**Landeselternausschuss Hamburg**

Postfach 760106  
22051 Hamburg

Internet: [www.lea-hamburg.de](http://www.lea-hamburg.de)

E-Mail: [info@lea-hamburg.de](mailto:info@lea-hamburg.de)

Tel./Fax./Anrufb.: 03212 - 11 666 50

**Vorstand:**

Bodo Heuer

Angelika Bock

Margitta Dietz

Jörg Gröndahl

Daniela Krumbügel-Fries

**LEA**Landeselternausschuss  
Kindertagesbetreuung

---

Die Betreuung soll weitestgehend an den Schulen und in erster Linie durch Träger der freien Jugendhilfe stattfinden. Auch Kooperationen mit Vereinen und Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJ) sind angedacht.

Die Gruppenstärke wird an die Bedingungen der Schulreform angepasst: 19 Kinder in Kess1/2-Gebieten, 23 Kinder in allen anderen. Es wird aber mit deutlich kleineren Gruppen vor Ort gerechnet, da es sich durch Vereinsangebote etc. entzerren soll.

Für das Essen werden 2,50 Euro bis 3,50 Euro je Mahlzeit verlangt werden, sozial Schwache können eine Reduktion um 2€ beantragen.

Auch für die Pauschalen der Rand- und Ferienbetreuung wird über eine Ermäßigung diskutiert. Mit einer der Hauptkritikpunkte ist, dass durch diese Pauschalen die Schulkindbetreuung für Gering- und Mittelverdiener, die auf eine Randbetreuung angewiesen sind, stärker finanziell belastet werden als es im bisherigen Hort der Fall ist.

Immer noch nicht endgültig geklärt ist das Raumkonzept.

Herr Dr. Bange schätzt, dass 50% der Schulen sich bis zum nächsten Schuljahr für GABI entscheiden werden und der Rest im übernächsten Jahr folgen wird, da die Nachfrage der Eltern nach Hortplätzen und damit der Konkurrenzdruck der Schulen untereinander sehr hoch sei.

Daraufhin kam die Anmerkung aus dem LEA, eine hohe Nachfrage der Eltern und scheinbare Akzeptanz sei kein Indiz für eine gute Qualität der Schulkindbetreuung, sondern allein der Notwendigkeit und Planbarkeit der Betreuung von Schulkindern berufstätiger Eltern geschuldet.

Am 22.09.2010 soll es einen Workshop mit Grundschulleitungen geben. Hierbei soll auch das Verfahren geklärt werden, wie die Schulkonferenz einen Träger zur Kooperation finden soll. Dies dient auch zum Schutz kleinerer Träger, die sonst leicht "untergebuttert" werden könnten.

Ein Rechtsanspruch auf einen Hortgutschein bleibt im Kitagutscheinsystem erhalten bis ein entsprechender Rechtsanspruch ins Schulgesetz geschrieben wurde und auch genug Plätze in den Schulen zur Verfügung stehen. Solange laufen die Systeme parallel und die Eltern hätten rein theoretisch eine Wahlmöglichkeit. Diese wird aber extrem dadurch eingeschränkt, dass in Ballungsgebieten einige Horte der Konkurrenz durch die kostenlose Betreuung von 8-16 Uhr an Schulen nicht gewachsen sein werden und schließen müssen. Genauso werden Horte, die weiter als 500m von Schulen entfernt sind, wohl aus

**LEA**Landeselternausschuss  
Kindertagesbetreuung

dem Betreuungs-Netz fallen. Dadurch sinkt dann auch die Verfügbarkeit nach KGS-Hortplätzen und die Eltern sind zur Annahme der Schulbetreuung gezwungen.

Ein weiterer Kritikpunkt sind Zwergenschulen: Hier wird voraussichtlich die notwendige Zahl an Betreuungsnachfragen nicht erreicht werden, um die Schule zur Nachmittagsbetreuung zu verpflichten. Ähnliches kann an gebunden Ganztagschulen in sozial schwachen Gebieten mit der Randbetreuung passieren. Hier könnten vollberufstätige Eltern das Nachsehen haben, weil der Bedarf für Randbetreuungen nicht groß genug ist.

Herr Dr. Bange erwartet keine Verschlechterung der Standards, falls die Nachfrage über die erwarteten 40% hinausgehen sollte (in Berlin sind es bereits 60%). Da der Hortbereich zurzeit ein starkes Wachstum verzeichnet, steigt hier auch der veranschlagte Etat für den Hort. Dieser wird mit der Reform dann an die BSB wechseln.

Zu klären ist auch, wie mit den Horten umgegangen soll, die aus dem Netz fallen. Welche Übergangsregelungen kann man treffen? Ist es möglich die Horte mit den Mitteln des Krippenausbauprogramms in Krippen umzuwandeln? Kann man das Konjunkturpaket II dazu nutzen, die Hortplätze in Elementarplätze umzuwandeln? Was passiert dann mit den Horterziehern?

Für die Schüler der 5. und 6. Klassen soll es ein "GABI light" geben. In dieser Altersgruppe wäre eine Betreuung unmittelbar vor Ort (schulgebunden) nicht mehr zwingend notwendig. Es soll hierbei verstärkt die OKJ zum Tragen kommen, Gespräche laufen. Problem: Auch die OKJ lebt überwiegend von Ehrenamtlichen. Diese sind dann, während die Betreuung gefragt ist, meist wegen berufstätigkeit nicht verfügbar.

### 2.3 Kitainspektion (KI)

Die Gespräche in der KI-Arbeitsgruppe zwischen Trägern und BSG haken zur Zeit. Probleme gibt es bei der Rechtmäßigkeit von unangekündigten Besuchen der KI in den Kitas (Hausrecht), bei der Diskussion "Qualitätsverbesserung versus Standardkontrolle", sowie bei der Forderung einer unabhängigen Kontrollinstanz. Man konnte sich zumindest darauf verständigen, die Kontrollen von Sozialpädagogen als Kenner des Kita-Umfelds durchführen zu lassen und nicht von Verwaltungsangestellten, die mit der Thematik nicht vertraut sind..

## **TOP 3 – Volksinitiative vs. BSG-Angebot**

Von Seiten der BSG gab es keine deutlichen Verbesserungen des Angebots.

**LEA**Landeselternausschuss  
Kindertagesbetreuung

Genauso wurde die Bewilligung der dafür notwendigen Mittel durch den Senat von der Behörde selbst in Frage gestellt. Dieses Paket wurde von Seiten des LEA sowieso nur als möglicher "erster Einstieg in Verbesserungen" angesehen. Es gibt weiterhin keine festen Zusagen wie in Zukunft die Betreuungsqualität weiter verbessert werden soll, wie der Zugang zur Kita erleichtert werden kann (z.B. vorgezogener Rechtsanspruch) und wie eine Entlastung der Eltern vonstatten gehen soll. Da somit aus Sicht des LEA keine elementare Verbesserung der Kita-Situation zu erwarten ist, fällt die Entscheidung, die Volksinitiative Kita-HH zu starten, um diese Verbesserung über die direkte Demokratie umsetzen zu lassen.

Es wird der Antrag gestellt, die Volksinitiative noch vor Beginn der Haushaltsklausur anzumelden. Diesem Antrag wird mit 19 Fürstimmen gegen 11 Gegenstimmen stattgegeben. Dabei kam es zu folgender Stimmenverteilung:

- Mitte: 5 Stimmen dafür
- Bergedorf: 5 Stimmen dagegen
- Nord: 2 Stimmen dafür, 3 dagegen
- Wandsbek: 4 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen
- Harburg: 5 Stimmen dafür
- Eimsbüttel: 3 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen
- Altona: kein Delegierter anwesend.

Von L. Hansen wird daraufhin für die nächste Sitzung eine Änderung der Geschäftsordnung beantragt, dass zukünftig für Abstimmung die einfache Mehrheit der anwesenden LEA-Delegierten entscheidet. Die jedem Bezirk zugewiesenen fünf Stimmen sollen somit entfallen.

Die Pressemitteilung zum Initiativenstart soll so rausgeschickt werden, dass sie erst Montag in der Presse erscheint.

A. Bock und D. Krumbügel-Fries erklären sich bereit, das Postfach zu leeren. I. Baumgardt (nicht anwesend) wird um Unterstützung gebeten werden.

A. Bock klärt die Eröffnung eines Unterkontos für Spenden.

#### **TOP 4 – vorgezogene Hortreform**

Siehe TOP 2.2

#### **TOP 5 – Berichte aus den Gremien / AGs / Vorstand**

Entfällt, bzw. wurde in den anderen TOPs eingearbeitet

---

**Landeselternausschuss Hamburg**

Postfach 760106  
22051 Hamburg

Internet: [www.lea-hamburg.de](http://www.lea-hamburg.de)

E-Mail: [info@lea-hamburg.de](mailto:info@lea-hamburg.de)

Tel./Fax./Anrufb.: 03212 - 11 666 50

**Vorstand:**

Bodo Heuer

Angelika Bock

Margitta Dietz

Jörg Gröndahl

Daniela Krumbügel-Fries



## **TOP 6 – Verschiedenes / Aktuelles**

R. Pries weist nochmals auf die Kitafachkonferenz am 25.09./26.09. hin (siehe auch Protokoll zur letzten Sitzung). Dazu gibt es auch in verschiedenen Bezirken Vorbereitungstreffen, bei denen einzelne LEAs die Möglichkeit erhalten werden, Multiplikatoren im Thema Volksinitiative und Vor/Nachteile des Kita-Gutscheinsystem fit zu machen.